

Abtreibung

Klage in Karlsruhe

Im Streit um die Verschärfung des Abtreibungsrechts in Bayern muß das Bundesverfassungsgericht entscheiden. Vergangene Woche haben die bayerischen Ärzte Friedrich Stapf und Andreas Freudemann Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe eingelegt. Sie wehren sich insbesondere gegen eine Einschränkung ihrer Berufs- und Erwerbsfreiheit. Die Mediziner müßten nach den neuen bayerischen Gesetzen am 1. Juli 1997 ihre auf Abtreibungen spezialisierten Praxen in München und Nürnberg schließen. Die bayerische Regelung sieht vor, daß Ärzte nur noch 25 Prozent ihrer Einnahmen aus Abtreibungen erzielen dürfen. „Die Praxis des Beschwerdeführers müßte ersatzlos

aufgegeben werden“, schreibt die Kieler Strafrechtsprofessorin Monika Frommel, die Stapf vertritt. Das gelte auch für Freudemann sowie zwei weitere Ärzte, die mehr als die Hälfte ihrer Einkünfte mit Abtreibungen erzielen. Würden diese Praxen geschlossen, schreibt Frommel, könnten in Bayern „mindestens 6200 ambulante Schwangerschaftsabbrüche im Jahr weniger durchgeführt werden, ohne daß erkennbar ist, welche Einrichtungen dafür einspringen könnten“.

Die bayerische SPD hält die Klage der Ärzte für den aussichtsreichsten Weg, gegen das umstrittene bayerische Gesetz vorzugehen. Die Sozialdemokraten hatten ein zunächst geplantes Volksbegehren verworfen, weil es vermutlich die rechtlichen Hürden des bayerischen Verfassungsgerichts nicht passieren würde.

Regierungsbunker

Millionen vergraben

Auch sechs Jahre nach dem Ende der Konfrontation zwischen West- und Ostblock wird unter strenger Geheimhaltung weiter in den atombombensicheren Regierungsbunker im Ahrtal bei Bonn investiert: Versteckt im Etat des Innen-

ministers, sind im Haushaltsentwurf '97 gut 25 Millionen Mark für laufenden Unterhalt und Renovierung der „Dienststelle Marienthal“ ausgewiesen. Die Mittel, über die das für Geheimausgaben zuständige Vertrauensgremium des Haushaltsausschusses befindet, sind Teil des 200-Millionen-Programms, mit dem CDU-Innenminister Manfred Kanther den Bunker innerhalb

von zehn Jahren auf den neuesten Stand bringen will. Unter den Rotweinhängen rund um den Trotzenberg sollen Exekutive und Notparlament im Kriegsfall Unterschlupf finden; die Vorräte reichen für zwei Jahre. Der letzte Test erfolgte zur Nato-Übung „Wintex 89“. Angesichts des bevorstehenden Umzugs in die ferne Hauptstadt Berlin, schimpft Bundestagsvizepräsident Burkhard Hirsch (FDP), seien diese Ausgaben „der größte Schwachsinn, der zur Zeit irgendwo in deutsche Erde vergraben wird“.

„Überflüssig wie ein Kropf“ nennt SPD-MdB Uta Titze-Stecher, Mitglied im Vertrauensgremium, das Beton-Monstrum. Gegen die Union konnte sich ihr FDP-Kollege Wolfgang Weng aber nicht einmal mit dem Vorschlag durchsetzen, die Gelder künftig wenigstens offen im Haushalt auszuweisen.



M. DÄRCHINGER

Regierungsbunker bei Bonn

AM RANDE

Päckchen von drüben

Damals, als es die DDR noch gab, hatte die Post zur Vorweihnachtszeit jede Menge Mauerüberschreitendes zu transportieren: Der Osten schickte Wunschzettel, der Westen Pakete.

Darin befand sich – unter einem Beipackzettel mit Preisangabe zur Information für die Stasi – alles, was den Brüdern und Schwestern als westlicher Reichtum angedreht werden konnte: ein Pfund echter Bohnenkaffee, ein Beutel Orangen und eine Nietenhose vom Wühltisch. Die edle Tat ließ sich sogar von der Steuer abschetzen.

Je mehr Ostdeutsche schließlich westliches Werbefernsehen empfangen konnten, desto präziser wurden die Wunschzettel – die Nietenhose hieß bald Levis 501 und wurde, weil teuer und den Freibetrag überschreitend, nur noch ungern verschenkt.

Zur Ehre der Ostdeutschen sei gesagt, daß auch von dort Geschenke gekommen sind, vorzugsweise erzgebirgisches Schnitzwerk. Das wurde dann im Westen an eine alte Tante weitergereicht – erst mit den Worten „Du magst doch so was“, in den folgenden Jahren mit dem Satz: „Du sammelst doch so was.“

Nun kriegt die Post wieder Arbeit. „Jetzt wird zurückgeschickt“ heißt eine Aktion der Ostdeutschen, ihren Westverwandten ein Paket mit einheimischen Spezialitäten zukommen zu lassen: Spreewaldgurken, Halberstädter Würstchen und Salzwedler Baumkuchen. Selbst Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reinhard Höppner (SPD) hat schon Rotkäppchen-Sekt und Burger Knäckebröt eingepackt; Oppositionsführer Christoph Bergner (CDU), offenbar ohne Westonkel, beglückt den Bundeskanzler. Um Dankbarkeit geht es bei der Aktion aber nicht.

Den Westdeutschen, die noch immer glauben, außer kitschigem Schnitzwerk habe der Osten nichts zu bieten, sollen die vorzüglichen Ostprodukte nahegebracht werden. Außerdem bringt die Aktion Arbeitsplätze: Steigt der Marktanteil der Ostwaren nur um ein Prozent, so verschafft das 7000 Osis Lohn und Brot (Burger Knäckebröt?).

Doch die Logik ist perfide: Wer künftig Rotkäppchen trinkt, wird am Söhnlein trocken vorbeigehen. Und wer jetzt Ostbutter verstreicht oder Ostknäcke knackt, meidet Westprodukte. Die Folge: Im Westen gehen Arbeitsplätze verloren.

Ganz schön trickreich, diese Osis. Wahrscheinlich stellen sie Weihnachten auch noch Kerzen ins Fenster.